

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

26. Februar 1927

Verlag und Anzeigenverteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag G.m.b.H.
Berlin SW 68, Cludenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Die bayerischen Fememorde bestätigt!

Das Urteil des Reichstagsausschusses - Die „Fehlgriffe“ der bayerischen Justiz.
Ablehnung sozialdemokratischer Feststellungen.

Der Feme-Untersuchungsausschuss des Reichstags trat am Sonnabend vormittag zur Abstimmung über die zum Untersuchungskomplex „Münchener Einwohnerwehr“ vorliegenden Anträge zusammen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird zur Grundlage der ersten Abstimmung der Vermittlungsantrag Schulte-Breslau (Z.) und Genossen, zu dem Abänderungsanträge der Abgeordneten Leoi (Soz.) und Trohmann (Bayr. Volkspartei) vorliegen. Der Antrag Leoi wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt mit 12 gegen 8 Stimmen. Dagegen wird ein Zusatzantrag Trohmann (Bayr. Volkspartei) gegen die Stimmen der Linksparteien angenommen.

Angenommen wird hierauf der Vermittlungsantrag Schulte in allen seinen Abschnitten, für den in einigen Teilen auch die Sozialdemokraten und Kommunisten stimmen.

Damit sind die anderen Anträge erledigt.

Das Ergebnis der Ausschussuntersuchungen

In den bayerischen Fällen ist demnach nach der heutigen Abstimmung folgendes:

Der Ausschuss gelangt auf Grund der ihm vorgelegten gerichtlichen Akten und auf Grund seiner eigenen Beweiserhebungen zu folgenden Feststellungen über die Mordfälle Baur, Sandmayer, Hartung, Gareis und den Fall Dobner:

1a) Die Mordfälle Baur, Sandmayer, Hartung sind auf Verabredung einzelner Mitglieder der als „vaterländische“ bezeichneten Organisationen zurückzuführen und dienen dem Zwecke der Bestrafung angeblicher Verräter an der Organisation, sind also insoweit Fememorde im Sinne der Begriffsbestimmung des Ausschusses in seinem Beschlusse vom 26. April 1926. Das Zusammenwirken der an den Verabredungen zur Tötung Beteiligten war dabei in den Fällen Hartung und Sandmayer auf einen bestimmten, anscheinend geschlossenen Kreis beschränkt, während im Falle Baur die Verabredung mehr eine zufällige war.

b) Im Falle Dobner besteht der Verdacht fort, daß es sich um einen Mordversuch gehandelt hat, der als solcher derselben Beurteilung unterliegen würde wie die Fälle Sandmayer und Hartung zu a).

c) Der Fall Gareis ist, soweit Feme in Betracht kommen könnte, unaufgeklärt geblieben.

II. Es liegt kein Anhalt für die Annahme vor, daß die Straftaten einzelner Mitglieder von der Organisationsleitung gebilligt worden seien. Femeorganisationen im Sinne des Ausschussbeschlusses haben also nicht bestanden. Es ist im Gegenteil erwiesen, daß die offizielle Leitung der in Betracht kommenden Organisationen jede Privatjustiz ablehnte. — Der Ausschuss hat aber unter voller Würdigung der Zeitverhältnisse der Jahre 1921/22 mit Bedauern feststellen müssen, daß die Leitung der Einwohnerwehr zu den Taten, die einzelnen ihrer Mitglieder zur Last gelegt werden, und deren Beurteilung ihr nicht gleichgültig sein

konnte, nicht innerhalb der Organisation eine ausdrücklich ablehnende Stellung angenommen hat und nachgewiesenermaßen nichts getan hat, um nach Bekanntwerden des Falles Sandmayer für die Zukunft ähnliche Taten zu verhindern.

III. a) Die auffallende Tatsache, daß es nicht gelungen ist, die Täter in den Fällen Hartung und Sandmayer zu überführen, und daß der zum Tode verurteilte, zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte Zwengauer entweichen konnte, hat ihren Grund zum Teil in Maßnahmen der Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden, die heute als verfehlt erscheinen.

b) Unbegründet ist aber der gegen einzelne Justizbeamte erhobene Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens bei Führung der Untersuchung, insbesondere im Falle Hartung. Daß in diesem Falle etwas in der Absicht, die Täter der Strafverfolgung zu entziehen, geschehen ist, hält der Ausschuss nicht für erwiesen.

c) Im Falle Dobner erachtet der Ausschuss das Urteil für einen Fehlgriff.

d) Auch der allgemein gegen Leiter und Beamte der Polizeidirektion München ausgesprochene Vorwurf der Einflußnahme auf den Gang der Untersuchung zur Hemmung des Verfahrens in den Fällen Hartung und Dobner ist nicht aufrechtzuerhalten. Dagegen kann er gegen den Kriminalkommissar Glaser nicht als befeitigt angesehen werden.

e) Der Ausschuss erblickt die Ursache ungenügender Aufklärung der Straftaten 1. im Falle Hartung in der Aufhebung der Haftbefehle und in der Nichtdurchführung des Zeugniszwangsverfahrens gegen Gademann; 2. im Falle Sandmayer in dem nicht ausreichenden energischen ersten Zugriff der Strafverfolgungsbehörde, insbesondere gegenüber Schweighart; 3. im Falle Gareis in der unzureichenden Verfolgung der Spur des Janusbriefes, und die Ursache der Entweichung Zwengauers in einer Ueberführung desselben in ein Krankenhaus ohne Ueberwachung der sicheren Unterkunft dafelbst.

Soweit in der Nr. III unter a, c, d und e Bemängelungen des Verfahrens und des Verhaltens von Persönlichkeiten ausgesprochen sind, soll damit nicht gesagt sein, daß politische Motive zugrunde lagen. (Dieser Absatz ist zugefügt durch den Antrag Trohmann.)

Nach Beendigung der Einzelbestimmungen kommt es zu einer Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob noch eine Gesamtabstimmung stattfinden soll.

Gegen eine Gesamtabstimmung wandle sich besonders Abgeordneter Landsberg (Soz.), dafür traten besonders die Abgeordneten Stöhr (Völk.) und Baedeker (Dnat.) ein. Auch Abg. Schulte-Breslau (Zentrum) befürwortete eine Gesamtabstimmung.

Abg. Landsberg (Soz.) beantragt, daß in dieser Frage über den Vorkommnisse eine Entscheidung des Geschäftsordnungsausschusses herbeigeführt werde. Es handle sich um die grundsätzliche Frage, ob der Untersuchungsausschuss lediglich, wie andere Ausschüsse, Bericht zu erstatten und das Haus selber die endgültige Entscheidung zu treffen habe.

Mit 12 gegen 10 Stimmen wird zunächst der Antrag Landsberg, Vertagung der Aussprache, beschloffen.

Die Verwendung zugunsten des Hausbesitzes und für fiskalische Zwecke nicht ausgeschlossen sei. Daher sei auch nicht zu erwarten, daß die Wohnungsnot auf diesem Wege beseitigt werden könne.

Die Ermüdung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns war überaus düstern. Die Verordnung der Reichsregierung zur Erhöhung der Mieten sei notwendig, weil ohne schrittweise Erhöhung der Mieten die Zwangswirtschaft nicht überwunden werden könnte. Sie sei aber politisch immer schwieriger zu halten. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie halte die Reichsregierung auch den gegenwärtigen Augenblick für die Mietenerhöhung geeignet. Die Arbeitsmarktlage und die allgemeine Wirtschaftslage seien nicht die gleichen wie im Vorjahre. Damals hätten wir am Anfang der Krise gestanden, jetzt sei der Höhepunkt überschritten. Selbstverständlich müsse aber eine ungünstige Auswirkung der Mietenerhöhung auf Reallohn und öffentliche Renten vermieden werden. Die Mietsteigerung müsse neben der allgemeinen Lohnsteigerung bei den Schiedsprüchen besonders berücksichtigt werden. Die Wohnungsnot sei eben nur zu überwinden, wenn das Privatkapital sich am Wohnungsbau interessiere.

Genosse Dr. Herx betonte, die düsternen Darlegungen des Reichsarbeitsministers ließen erkennen, daß die Reichsregierung im Begriff sei, eine Einzelmaßnahme zu treffen, ohne sich der folgenden schweren Tragweite dieses Schrittes auf die allgemeine Wirtschaftspolitik bewußt zu sein. Es sei wohl auch kein Zweifel, daß die Maßnahme der Reichsregierung aus parteipolitischen Motiven entstanden sei und nicht aus zwingenden sachlichen. Eine Mietenerhöhung habe nur dann Sinn, wenn sie wirklich zur Ueberwindung der Wohnungsnot führe. Das erforderliche langfristige Wohnungsbauprogramm aber fehlt noch, das Schicksal der Hauszinssteuer ist ungewiß. Sicher ist demnach nur die Erhaltung der unproduktiven und verteuerten Bauweise und die Erhaltung der Wohnungsnot. Bedauerlich sei auch, daß die Reichsregierung nichts Genaues über die Sicherung des Reallohns und die Erhöhung der Renten gesagt habe. Vor allem müsse man doch aber verlangen, daß die Verwendung der erhöhten Miete allein zur Förderung des Wohnungsneubaus gesichert sei.

Abg. Dr. Brüning (Z.) meinte, im Augenblick sei eine endgültige Stellungnahme nicht möglich, doch müsse man vorbeugen, daß die Länder weitere Teile der Miete zu fiskalischen Zwecken verwenden. Gegenüber den Angriffen auf den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellte er fest, daß Brauns ausdrücklich zugelegt habe, daß bei Berechnung der Wohnmieten die Mieterhöhung besonders berücksichtigt werden müsse.

Der Ausschuss beschloß sodann die Verhandlungen abzubrechen, nachdem der Vorsitzende Genosse Keil unwidersprochen festgestellt hatte, die Parteien seien einig, daß die Regierung die Verordnung über die Mieterhöhung nicht verfallen lasse, bevor die Parteien endgültig zu dem sozialdemokratischen Antrag Stellung genommen haben.

Chamberlains Note.

Die Bombe, die als Feuerwerk explodiert...

EW. London, 24. Februar.

Wieder einmal haben Berge gekreist, und eine lächerliche Maus ist geboren worden. Selten ist eine diplomatische Aktion, die von vornherein zur Lächerlichkeit verurteilt war, unter soviel Lärm ins Werk gesetzt worden. Die Note Londons an Moskau war toter Buchstabe, schon ehe die Druckerwärme der amtlichen britischen Reichsdruckerei trocken geworden. Man erinnere sich an die Vorgeschichte dieser neuen Aktion des Kabinetts Baldwin: Krassins Tod war für eine gewisse rechtskonservative Clique das Signal für eine neue Anti-Rußland-Kampagne. Die Locker-Lampsons und andere Diehards begannen wieder einmal die Kabinettsmitglieder zu belagern und das Unterhaus unter das wochenlange Streifenfeuer ihrer „kleinen Anfragen“ zu setzen. Schließlich fuhr die schwere Batterie der „Daily Mail“ und anderer rechtskonservativer Blätter auf. Es war ein wohlberechneter Feldzug. Man hoffte nach einem allen Englandlern bestens bekannten System, damit die Ration in eine anti-russische Wut hineinzusteuern und schließlich, gestützt auf den Ausschrei der öffentlichen Meinung, die Pforten von Chessam Haus, der sowjetischen Botschaft, hinter den Koffern der abreisenden Sowjetdiplomaten wieder zu versperren. Die Situation schien für eine solche Kampagne äußerlich nicht ungünstig. Großbritanniens verletzter Stolz kann für die Vorkommnisse in Hankau einen Sündenbock brauchen, und, bei dem unzulänglichen Einfluß Moskaus auf China schien nichts leichter zu sein, als den ganzen chinesischen Nationalismus zu einer Intrige Moskaus umzubringen. So schrie man sich in eine sinn- und gedankenlose Hysterie hinein, ohne zu merken, daß für die skeptischeren Gemüter der Lärm unendlich hoch klang. Wohl mochten einige einflußreiche Politiker wohlgefällig Del ins Feuer gießen und ein paar Wirtschaftsjührer den heiligen Krieg der „Daily Mail“ segnen — weder die Mehrheit des Kabinetts, noch die Mehrheit der City ließen sich einfangen, die große konservative Presse tat überhaupt nicht mit, das Bürgerium blieb uninteressiert und die Arbeiterschaft ließ durch den Mund ihrer Vertreter die Regierung warnen. Das Kabinett, durch die ersten Ausschreie der „Volksseele“ ins Bodschorn gejagt, begann vorerst eine neue Aktion zu erwägen. Einen Augenblick sah es ganz so aus, als ob Baldwin entschlossen wäre, diesmal ernst zu machen. Einflußreiche und nüchterne Personen rieten ab, darunter der eilig aus Moskau herangeholte britische Geschäftsträger. Man einigte sich auf ein Kompromiß: man wollte Moskau ein kräftig Wortlein sagen. Die erste Fassung der Note soll reinstes Vitriol gewesen sein. Schließlich schüttete man in einem halben Duzend Kabinettsitzungen solange Wasser nach, bis nichts als der kräftige Ton übrig blieb — aber auch der gemildert durch einen Schuß journalistischer Eleganz in der stilistischen Fassung.

An Substanz ist die Note arm. Statt der erwarteten Aufzählungen konkreter Verletzungen des anglo-russischen Handelsabkommens enthält die Note eine umständliche Aufzählung von Großbritannien feindlichen Reden sowjetischer Staatsmänner, enthält sie Belege für die offizielle Feindseligkeit Moskaus gegenüber London. Sie spart nicht an eindringlichen Ermahnungen, aber wenn es zum Schluß kommt, dann weiß sie nichts Besseres zu sagen, als mit einer „früheren oder späteren“ Beendigung des Handelsabkommens und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu drohen. Sollte man boshaft sein, so könnte man angesichts dieser Note nach Moskau feststellen, ihre einzige positive Seite bestehe darin, zu beweisen, wie sehr sich — verglichen mit der Curzonischen Erklärung gegen Moskau — die Beziehungen zwischen den konservativen Regierungen Londons und der Sowjetregierung im Laufe der Jahre gebessert haben, ohne daß die beteiligten Parteien es auch nur gemerkt hätten. Denn sachlich und psychologisch ist die Note eine Ungeschicklichkeit ersten Grades, sowohl was die innere Wirkung in England selbst als was die Wirkung auf Moskau anbelangt. Die Wirkung im Innern ist völlig negativ. Außer einer kleinen konservativen Gruppe hat sie niemand gefallen. Die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes hat sie nicht gewollt und hält sie nach Einsichtnahme für völlig unnötig. Die Hühner auf der äußersten Rechten aber, die sie moralisch verursacht haben, sind geradezu zu einer Beißglut der Enttäuschung und Verärgerung entzündet worden. Man höre z. B. den Leitartikel der „Daily Mail“, der völlig den Kopf verloren zu haben scheint — und dessen Stilblüten selbst den Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ oder des Wiesbacher Anzeigers neidisch machen könnte: „Als ein Produkt von Schwäche und Schif (wörtlich) muß Sir Austen Chamberlains lange angekündigte Protestnote das Blut eines jeden Briten mit einem Funken Selbstachtung in Wallung versetzen.“ Und weiter gehts, über die „ministeriellen Mandarine“, den „Mangel an Männlichkeit“... bis zur Beschuldigung, aus Britanniens Löwen ein weißes Kaninchen gemacht zu haben.

Im Innern ist die Note also verpufft, aber auch auf Moskau wird sie keinen Eindruck machen. Man hat es den Moskauern, weiß Gott, leicht gemacht. Wohl sind die in der Note aufgeführten Moskauer Behauptungen als Meinungen von Staatsmännern eines Reiches, mit dem man im Frieden lebt, ungeheuerlich; aber das Foreign Office scheint sich in seine eleganten Formulierungen so verliert zu

Löbes Krankheit.

Das Befinden weiter zufriedenstellend.

Nach einer gut verbrachten Nacht ist der Zustand des Genossen Löbe heute morgen ein zufriedenstellender. Die Temperatur ist weiter heruntergegangen. Der physische Zustand des Patienten ist anhaltend gut.

Die Untersuchung um 1 Uhr mittags ergab weiteres günstiges Gesamtbefinden, so daß mit einem normalen Heilungs- und Gesundungsprozeß gerechnet werden darf.

Oesterreichische Teilnahme.

Wien, 26. Februar. (WZ.) Die Nachricht von der schweren Erkrankung des deutschen Reichstagspräsidenten Löbe hat in hiesigen politischen Kreisen lebhaftes Besorgnis hervorgerufen. Nicht nur die sozialdemokratischen Parteifreunde, sondern auch zahlreiche in anderen politischen Lagern stehende Persönlichkeiten, die für den vornehmen Politiker Sympathien empfinden, haben nach Berlin drähtlich ihre Wünsche für vollständige Wiederherstellung gesandt. Der Präsident des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes hat an Löbe ein Telegramm gesandt, worin er den Wunsch nach baldiger Genesung des deutschen Reichstagspräsidenten ausdrückt.

Kommt die Mietenerhöhung?

Beratungen des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Sonnabend mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Vermeidung der Mietenerhöhung bis zum 31. März 1928. Entsprechend dem Wunsch des Ausschusses war Reichsarbeitsminister Dr. Brauns persönlich erschienen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde vom Genossen Dr. Herx begründet. Die Sozialdemokratie sei der Meinung, daß die Gründe, die im vergangenen Frühjahr zu dem Beschluß geführt haben, eine Erhöhung der Mieten über 100-Proz. hinaus bis zum 31. März 1927 zu vermeiden, auch heute noch im vollen Umfange fortbestehen. Noch immer sei die Arbeitslosigkeit riesengroß, ihre Dauer für den einzelnen sogar länger als im Vorjahre. Auch der geringe Reallohn der Arbeiter und Angestellten, sowie die Lage der Rentner verlange Berücksichtigung. Die Gründe für die Mietenerhöhung seien nicht durchschlagend, zumal

haben, daß es vergaß, man könnte auch in Moskau Zeitungsauschnitte über Ministerreden gesammelt haben. Es vergaß, daß gewisse Äußerungen der Lord Birkhead, Churchill und Amerys an Freundschaft gegenüber Moskau gewiß mit den umgekehrt gerichteten Äußerungen der Tschitscherin, Bucharin und Kameneff aufnehmen können. Kurz und gut: anstatt einer Reinigung der politischen Atmosphäre stehen wir vor einer Raubbilgerie, bei der übrigens angesichts der bekannten dialektischen Fähigkeiten Moskaus noch überdies das Londoner Außenamt riskiert, den kürzeren zu ziehen.

Wie die Dinge weitpolitisch heute liegen, ist der Gegenstand London-Moskau unüberbrückbar. Wie die „Daily News“ in einer klugen Bemerkung feststellt, muß bei dem Aufbau des britischen Weltreiches der kommunistische Kreuzzug gegen den Kapitalismus automatisch zu einem Angriff gegen Großbritannien werden. In der ersten Etappe der anglo-russischen Feindseligkeiten hat man dieser ständigen Drohung durch aktives Vorgehen gegen das heutige Rußland ein Ende machen wollen. Das war, wenn auch natürlich, logisch durchaus konsequent. Die andere mögliche Alternative war, offenbar sich mit der Tatsache Moskau abzufinden und alles zu meiden, was die Reibungswiderstände vermehren und die Moskauer Aktivität an der Peripherie des Weltreiches anstacheln könnte. Das war die Methode MacDonalds, und seine Regierungsdra stellt, mit Ausnahme der letzten Wochen, die Epoche der verhältnismäßig besten Beziehungen Moskau-London seit 1917 dar. Sir Austen Chamberlain aber hat mit der ihm angeborenen Gabe, von zwei Uebeln beide zu wählen, die Politik der halb geöffneten, halb gehaltenen Faust gewählt. Moskau wird, solange es Sowjetmoskau ist, und solange noch ein einziger gelber, brauner oder schwarzer Mensch von London in Abhängigkeit und Unterdrückung gehalten wird, direkt oder indirekt gegen England wirken. Aber es ist klar — und das Beispiel der Beziehungen zwischen Japan und Rußland spricht hierfür eine deutliche Sprache —, daß normale und offiziell freundschaftliche diplomatische Beziehungen zu Moskau die Freizügigkeit der Moskauer Agenten hemmen, während die von Chamberlain gewählte Methode das britische Weltreich einem Maximum an sowjetrussischen Angriffen aussetzt und ihm dabei ein Minimum an Schutz vor der Betätigung der Dritten Internationale gewährt.

Das verweigerte Westarp-Interview.

Schulbeispiel deutschnationaler Außenpolitik.

Graf Westarp hat dem Vertreter des Pariser „Soir“ eine Unterredung verweigert, die ihm bekanntlich nachher Herr Hochsch gewährt. Selbstverständlich kann jeder Politiker Unterredungen gewähren oder verweigern, was er im einzelnen Fall tut, ist eine Frage des Takts und der politischen Einsicht. Wie es aber mit Takt und Einsicht bei den Deutschnationalen bestellt ist, zeigt drastisch folgende Auslassung ihrer offiziellen Korrespondenz über das verweigerte Interview:

Internationale Solidarität. Der linkssozialdemokratische „Soir“ in Paris schickte nach der Regierungsbildung einen Sonderberichterstatter nach Berlin, um Interviews zu erlangen. Dabei brühte dieser auch den Wunsch nach einem Interview mit dem Herrn Grafen Westarp, dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, aus. Der Leiter der Pressestelle der Deutschnationalen Parteileitung, dem dieses Ansuchen durch Vermittlung einer dritten Seite mitgeteilt wurde, lehnte ab, dem „Soir“ ein Interview mit Herrn Grafen Westarp zu beschaffen, u. a. mit der Begründung, daß der Chef der größten deutschen Regierungspartei aus leicht ersichtlichen praktischen, politischen Gründen an einen Sozialdemokraten und zugleich Franzosen kurzzeit kein Interview geben könne. Wenn der Berichterstatter des „Soir“ sich über die Stimmung in der Deutschnationalen Volkspartei unterrichten wolle, stünde der Leiter der Pressestelle ihm zu einer Unterhaltung zur Verfügung. Im übrigen bildeten die Herren Sozialdemokraten ja gerade in Frankreich eine Partei von nicht zu unter-

schätzender Stärke und besaßen bei jeder Gelegenheit, daß sie Freunde der Ausöhnung mit Deutschland seien. Sie möchten erst einmal die oft versprochene Räumung des Rheinlandes durchsehen. Wenn auf ihr Betreiben erst der letzte französische Soldat den Rhein verlassen haben würde, könne auch der „Soir“ sicher sein, daß der Chef der großen deutschen konservativen und nationalen Partei ihm, der Zeitung der französischen und internationalen Sozialdemokratie, ein Interview gemähren werde. Diese Ansicht des Leiters der deutschnationalen Pressestelle wurde dem Sonderberichterstatter durch die vermittelnde dritte Seite übermittelt.

Die Sozialdemokraten nehmen das Maul gern voll, auch wenn sie Franzosen sind. Nur bescheiden sich diese meist einer verhältnismäßigen Höflichkeit (!), die die deutschen Sozialdemokraten erfahrungsgemäß meist vermissen lassen.

Dazu ist zunächst zu bemerken, daß der „Soir“ kein sozialdemokratisches Blatt ist, zweitens daß unsere französischen Genossen nicht in der Regierung sitzen und nicht die Macht haben, die Räumung von heute auf morgen durchzusetzen. Ob ihr Eifer in dieser Angelegenheit durch die Aussicht, daß kann der „Soir“ ein Interview mit dem Grafen Westarp bekommen könnte, sehr bestärkt werden wird, möchten wir dahingestellt sein lassen.

Wenn der linkssozialdemokratische, aber für Ausöhnung mit Deutschland Eintretende „Soir“ einen Berichterstatter nach Berlin, schickt, der dann hier ganz artig um eine Unterredung mit dem deutschnationalen Parteiführer bittet, so ist das jedenfalls ein Akt des guten Willens und der Höflichkeit. Die offizielle deutschnationalen Pressestelle antwortet darauf nicht nur mit einer brüsten Ablehnung, sondern mit pagigen Grobheiten, wobei sie zugleich ihre totale Unkenntnis französischer Verhältnisse beweist.

Das ist — die deutschnationalen Pressestelle sagt es schmerzhaft zweimal — jetzt „die größte deutsche Regierungspartei“.

Briand verteidigt seine Politik.

Abwartende Haltung gegenüber der Reichsregierung.

Paris, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Briand hat einem Vertreter des „Reit Parisien“ längere Erklärungen über seine Politik Deutschland gegenüber abgegeben. Er begann mit dem Hinweis, daß die französisch-deutsche Politik, die seit Locarno und Genf eingeleitet habe, zu der Annäherung der europäischen Völker in weitestem Maße beigetragen habe und daß mit Freude die Fortschritte der letzten Monate festzustellen wären. Man sei vom Frieden von Versailles ausgegangen, um zu Locarno zu kommen und der Unterschied sei daran zu erkennen, daß Locarno eine freiwillig übernommene Abmachung seitens der Reichsregierung geworden sei. Selbst Hindenburg habe die freiwillig übernommene Verpflichtung unterzeichnet, die Rheingrenze zu respektieren und habe formell anerkannt, daß Elsass-Lothringen wieder französisch geworden sei. Eine Verletzung der Rheinabzweigung müsse genügen, um die englisch-italienische Koalition gegen Deutschland in Bewegung zu setzen. Locarno verhindere aber andererseits die Franzosen nicht, diese Zone zu durchbrechen, um im Eventualfalle Polen und der Tschechoslowakei, wenn sie angegriffen werden sollten, Hilfe zu bringen. Es sei ein ungeheurer Fortschritt gegenüber 1922 festzustellen, wenn die Reichsregierung sich zu diesen Verpflichtungen herbeigelassen habe, denn noch 1922 in Cannes habe er, Briand, die klare Empfindung gehabt, daß die Reichsregierung von Moskau umworben werde. Heute habe sich aber Deutschland offen und resolut dem Westen zugewandt, trotz seiner Abmachungen mit Rußland.

Deutschland habe endlich eingesehen, daß sein Ziel in einer Annäherung an Frankreich liege.

Das sei auch ein Fortschritt von Locarno. Stresemann habe recht, diesen Weg gewählt zu haben. Die Reichsregierung habe zwar Zusatzabkommen mit der Sowjetregierung abgeschlossen, aber diese haben weder die Ratifikation des Rheinpatts noch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gehindert und auch das sei eine Folge von Locarno. Alles in allem: die letzten Monate hätten bedeutsame Fortschritte in der Annäherungspolitik gezeigt.

Zuletzt kam Briand auf die Frage der Räumung der Rheinlande

zu sprechen und erklärte, daß diese eine internationale Frage sei und daß, wenn die Reichsregierung daran ginge, sie zu lösen, sie dies dann schon in Verbindung mit den drei internationalen Kabinetten in Paris, London und Rom tun müsse. Stresemann habe dies auch selbst schon festgestellt können. Es habe aber vor der Hand keinen Sinn, sich über diese Frage des näheren zu unterhalten, bevor man nicht wisse, was das neue deutsche Kabinett machen werde. Kritik habe auch keinen Sinn, man müsse erst seine Taten abwarten. Es sei jedenfalls nicht zu übersehen, daß die nationalistischen Elemente im Kabinett das Programm des Zentrums unterschrieben hätten, und ebenso die Regierungserklärung, in welcher festgestellt wurde, daß die eingegangenen Verpflichtungen gehalten werden sollen.

Zum besseren Verständnis dieser Erklärungen Briands muß darauf hingewiesen werden, daß seit einigen Wochen ein ungeheurer Feldzug in der französischen Rechtspresse gegen ihn, d. h. gegen die Politik von Locarno und Thoiry im Gange ist. Die latente Opposition des Nationalen Blocks gegen eine deutsch-französische Verständigung, die angeblich ausschließlich auf Kosten Frankreichs und Polens betrieben werde, hat neuerdings akute Formen angenommen. Das führende Blatt der Rechten, das „Echo de Paris“ hat eine Rundfrage über das Problem einer früheren Rheinlandräumung veranstaltet, um eine diesem Ziel feindselige Atmosphäre zu schaffen. Sodann wurden in allen größeren Städten Frankreichs Massenunterredungen der französischen vaterländischen Verbände inszeniert, in denen gleichfalls Stimmung gegen die frühere Räumung gemacht wurde.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß insolge dieser Agitation, die übrigens mindestens ebenso sehr innerpolitisch-reaktionäre Zwecke verfolgt, die Aussichten für eine schnelle Fortsetzung des Verständigungsprogramms von Thoiry wesentlich schlechter geworden sind. Für die Gegner Briands war der politische Umschwung in Deutschland ein Himmelsgefallen. Die Verschärfung der Briand freundschaftlichen Propaganda fiel zeitlich mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung zusammen. Das war vorauszu sehen und ist auch sowohl von den deutschen wie von den französischen Linksparteien warnend vorausgelegt worden. Herr Stresemann hat sich aber über diese Warnungen hinweggesetzt. Er trägt jetzt die Verantwortung dafür, daß die in Locarno und Thoiry eingeleitete Verständigungspolitik einen solchen offensichtlichen Rückschlag erlitten hat.

Briands Ausführungen tragen deutlich den Charakter einer Abwehraktion gegen die Angriffe der französischen Nationalisten. Aus diesem Grunde ist er bemüht, die Vorzüge, die seine Politik seit Locarno im Vergleich zum Versailles Vertrag für Frankreich bietet, hervorzuheben. Aber gleichzeitig hat Briand mit diesen Erklärungen eine andere Zweck verfolgt. Die Tagung des Völkerbundesrates steht vor der Tür. Stresemann soll dort zum erstenmal den Vorsitz führen. Bis heute steht es noch nicht fest, ob Briand oder Chamberlain persönlich der Tagung beiwohnen werden. Aus Gründen der internationalen Höflichkeit, die in diesem Fall auch eine politische Bedeutung gewinnen würde, würde es sich gebühren, daß die beiden anderen Nobelpreissträger in Genf persönlich erscheinen. Wenn Briand sich bisher dazu noch nicht entschließen konnte, so liegt es in der Hauptsache daran, daß er den jetzigen Augenblick für eine Fortsetzung des Gesprächs von Thoiry für äußerst ungünstig hält und deshalb einer Begegnung mit Stresemann am liebsten ausweichen möchte. Jedenfalls hat er am Schluß seiner Erklärungen deutlich zu verstehen gegeben, daß Frankreich zunächst noch das Verhalten der neuen deutschen Regierung abwarten werde, ehe es sich auf irgendwelche Verabredungen über die Räumung der besetzten Gebiete einlassen werde. Das ist am Vorabend von Genf ein deutlicher Wink an Stresemann!

Der Trinkspruch auf Bismarck.

Warum Karl Bücher nicht preussischer Professor wurde.

In dem demnächst erscheinenden „Mitteltagsblatt des Vereins Arbeiterpresse“ veröffentlicht Genosse Adolf Braun einen interessanten Beobachtungsbericht über Karl Büchers 80. Geburtstag. Wir entnehmen dem Artikel folgende Schilderung, die ein sehr charakteristischer Beitrag zur Kulturgeschichte des Bismarckschen Zeitalters ist.

Bücher war nur wenige Jahre Gymnasiallehrer an einer Schule in Frankfurt a. M. und hielt Beziehungen mit der demokratischen und vor allem antibismarckschen „Frankfurter Zeitung“. Da ereignete es sich plötzlich, daß sämtliche Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ auf Anordnung Bismarcks in Zeugniszwanghaft genommen wurden; man wollte die „Frankfurter Zeitung“, die von Bismarck besonders gehaßt war, vernichten. Bücher verlor diese Absichten. Von seinen Schulbuben stürzte er in die Redaktion, machte allein die Zeitung und rettete damit eins der bedeutendsten Organe des deutschen Zeitungswesens. Obgleich der Plan der Bismarckschen Schergen um seine Wirkung gebracht war, lehnte Bücher nicht mehr ins Gymnasium zurück, er blieb Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, wo er den Kampf gegen das damals vorbereitete Sozialistengesetz — diese Artikel sind als Broschüre gesammelt, aber leider jetzt ganz unbekannt — führte. Mit dem Verlust der „Frankfurter Zeitung“ Leopold Sonnemann konnte er sich nicht vertragen, wahrscheinlich war es beider Schuld. So verließ Bücher mit der gleichen Pöhllichkeit die „Frankfurter Zeitung“ wie er in sie eingetreten war.

Er wurde dann Privatdozent an der Universität München. Bei der Habilitation wurde von ihm verlangt, eine Anzahl Themat zu nennen, aus denen die Professoren ihm eins zur Bearbeitung anweisen sollten. Bücher hatte in seinem Notizbuch ein Verzeichnis aller Zeitartikel, die er für die „Frankfurter Zeitung“ geschrieben hatte. Dieses Verzeichnis, einige hundert Artikel, legte er den Professoren vor, die einfach starr waren vor Erstaunen über die vielen Themat, die Bücher ihnen zur Auswahl vorlegte. Nur wenige Monate war er Privatdozent, als in Erlangen die Professur der Nationalökonomie frei und er dem Ministerium von der Fakultät vorgeschlagen wurde. Aber das Ministerium ernannte nicht ihn, sondern den Sohn eines königlichen Kammerdieners, der auch nicht im entferntesten die wissenschaftliche Kapazität Büchers hatte. Bald nachher wurde er aber doch Professor, freilich nicht in Bayern, sondern in deutsch-russischen Dorpat, dessen er im ersten Bande seiner Lebenserinnerungen freundlich gedachte. Von dort kam er nach Basel, dann an das Polytechnikum in Karlsruhe und zuletzt an die Universität Leipzig, wobei sehr viele Schüler aus aller Welt zu seinem Katheder strömten.

Die preussische Universität hat er nie geziert, obgleich z. B. Göttingen ihn mehrmals an erste Stelle berufen hatte. Der Grund lag darin, daß er als junger Mann einmal bei einem

Trinkspruch auf Bismarck, während sich alles von den Seiten erhob, auf seinem Stuhle fliehen blieb. Das war ein unzersehrliches Verbrechen. Er wäre auch bald in Leipzig geblieben, auf seinem Stuhle fliehen blieb. Das war demokratischen sinnig; er wurde gezwungen, seine Tätigkeit in der Leipziger Kommunalpolitik abzuschließen, um als Professor weiter wirken zu können.

„Der blonde Zigeuner“ im Zentraltheater. Die Operette soll aktuell sein; denn (sic spielt natürlich in Ungarn): einer der Helden ruft empfindlich aus: „Ach, hätt' die Republik!“ Aber er fügt besänftigend hinzu, daß „unsere Stunde“ noch nicht gekommen ist. So können also Republikaner und Monarchisten beruhigt und in diesem Stücke noch gute Freunde bleiben. Sollte übrigens Monarchismus erwünscht sein, so genügt eine geringfügige Änderung des letzten Aktes. So aktuell ist die Operette. Aber abgesehen von diesem hineinfortulierten Motiv ist sie sehr unaktuell, und Monarchisten wie Republikaner werden dabei einschlafen, selbst wenn die Aufführung nicht wie an diesem Premierenabend vier Stunden dauert. Höchstens, daß sie vielleicht bei einer Stelle von d'Albert oder Strauß oder sonst was Bekanntem, das ihnen besonders lieb ist, aufwachen. Oder daß sie, wenn ihnen immer Leopold Hainisch als Großgrundbesitzer Baloghy mitgeteilt wird, bei seinem Auftreten vergnügt blinzeln — er ist, wenn man seine Erscheinung mit diesem poetischen Ausdruck belegen darf, der Blickbild des Abends, und ein Blickbildlein ist seine Operettentochter Terka, Josephine Klein. Sogar Gustav Wilson, wenn er nichts anderes als ein guter Junge zu sein braucht, heißt ein wenig die dunkle Dunkelheit aus. Im übrigen — machen wir es, wie der Regisseur ein halbes Dutzend Male im zweiten Akt: ruf, ein Vorhang, der die übrigen Mitspieler und den ganzen sonstigen Rest barmherzig verhält. Halten wir die Fäden, wie es auf der Szene geschah, von hinten noch fest mit beiden Händen zu.

Bilder von japanischen Fürstentümern zeigte in der Urania Tassilo Adam. Er nannte seinen Vortrag „Bier Jahre an den Fürstentümern Japans“. Die Aufnahmen waren vor allem in kunst- und kulturhistorischer Hinsicht von großem Interesse. Man sah die japanischen Fürsten in ihren alten Landes-trachten, Hochzeits- und Festzeremonien an den Fürstentümern, japanische Schattenspiele und Tänze. Vieles davon soll überhaupt noch nicht in Europa gezeigt worden sein. Von den heiliggehaltenen Bedojoztänzen erzählte der Vortragende ausführlich. Die schönsten Mädchen des Landes werden vom 5. Lebensjahre ab an den Fürstentümern erzogen, um hier zu Tänzerinnen herangebildet zu werden. Täglich werden die Kleinen zweimal massiert und müssen vier bis sechs Stunden üben. Die Bewegungen, die der forrest ausgeführt Tanz erfordert, könnte kein Europäer nachahmen. Leider sah man in den Aufnahmen nur einzelne Posen des Tanzes. Doch ein späterer Film soll eine vollständige Aufnahme bringen.

Der Deutsche Künstlerbund auf der Jahreschau 1927. Der Deutsche Künstlerbund wird in diesem Sommer mit einer großen graphischen Ausstellung hervortreten. Die Ausstellung findet in Verbindung mit der diesjährigen Dresdener Jahres-

schau „Das Papier“ statt. Sie soll alle Arten Druckgraphik, aber keine Handzeichnungen und Aquarelle umfassen und als Ergänzung auch Werte der Kleinplastik bringen. Die Einbindung ihrer Arbeiten stellt allen deutschen Künstlern offen. Es besteht die Hoffnung, daß bei dieser Gelegenheit erstmalig wieder der „Villa-Romana-Preis“ vergeben werden kann. Als Anmeldestermin ist der 20. März, als letzter Einblendungsstermin der 20. April festgesetzt worden. Auskünfte und Ausstellungspapiere sind ab 7. März von der Leitung der graphischen Ausstellung, Dresden, Rennstraße 3, zu beziehen.

„Berufarbeit und Wissen“ ist der gut gewählte Titel einer vom Württembergischen Landesgewerbeamt und der Ministerialabteilung für die Fachschulen in Stuttgart herausgegebenen und im Verlag Dietz u. Co. verlegten Zeitschrift. Von Fachleuten werden die verschiedensten Gebiete der Industrie und des Handwerks behandelt. Praktische Rat schläge, die dem aufmerksamen Leser die Durchführung seiner Arbeit erleichtern und zum Nachdenken anregen, sind eingestreut. In den ersten beiden Hefen dieses Jahrgangs sind u. a. folgende Themen behandelt: Schutzvorrichtungen, Ueber den Gebrauch von Sägeblättern, die Stiffigkeit von Automobilgumpenpuffern, rationale Ausnutzung von Drehbänken. Die gut illustrierte Zeitschrift erscheint zweimal monatlich und kostet pro Vierteljahr 2 M.

Erstausführungen der Woche. Dienst, Tribüne: „Beitrag mit dem Schatten.“ Zbaltia, Zb.: „Der mutige Sozialist.“ Reis, Zb.: „Das Mädchen von der Landstraße.“ Mittw. Ober am Glad der Republik: „Kobal Palace.“ Meister Gedros Bundespiel. Zb. am Aufstufendamm: „Mit Wit.“ Donnerst. Kleines Zb.: „Die goldene Galeere.“ Galino, Zb.: „Panille Haben.“ — Freit. Zb. d. Rikter: „Rebellen.“ — Sonnab. Schaupielhaus: „Ankath zum Kreuz.“ Zb. d. Bekens: „Gespil der Comedie Française.“

Urania-Doctrage. Mont. (5, 9), Dienst. (7, 9): „55 Jahre im brasilianischen Urwald.“ — Mont. (7), Dienst. (5), Mittw. (5), Donnerst. (5), Freit. (7): „Lud und Lee.“ — Mont. (5), Dienst. (5), Mittw. (5), Donnerst. (5), Freit. (7): „Nordlandadvent.“ — Mittw. (7): „Belliankauna und Gesundheit.“ — Mittw. (5), Donnerst. (9), Sonnab. (5): „Brasilien und die deutsche Auswanderung.“ — Sonnab. (7): „Von der Kopierankalt bis zur Kinoscheinwand.“ — Sonnab. (5): „Bewegungstechnische Förderlich-geinige Erziehungsmittel.“ — Sonnab. (7, 9): „Das rote Geheimnis.“

Das neue Wert von Ehm Wolf. „Anerkennung“ (Vollständigeres), wurde vom Stadtheater zum 10. März um 11 Uhr im Opernhausener Krameterum auf. Nur ganz wenige eingeladene Persönlichkeiten mochten der Feier bei.

Herriot besucht Wien. Zu der Funderloberfeier des Todeslaach Beethovens wird Herriot als offizieller Vertreter der französischen Regierung nach Wien reisen. Ein Entschluß des französischen Kabinetts ist bereits angenommen und dem Beethoven-Komitee in Wien mitgeteilt worden.

Eine Bibliothek von 87 Musikbänden aus dem ostböhmer Nadrundort ist in Lurin gefunden und in der dortigen Nationalbibliothek aufgestellt worden. Unter diesen Musikbänden befinden sich verschiedene Autogramme von Strahl und Tranello. Die Sammlung enthält u. a. Gedruckte von Graf. Von Tranello sind zwei bisher unbekannt Opern aufgefunden worden.

Volkspartei und Bürgerblock.

Er besteht nur so lange, als sie will.

Die volksparteilichen „Deutschen Stimmen“ veröffentlichen einen Aufsatz über die letzte Regierungskrise, der offenbar von einem Kenner der Vorgänge innerhalb der Regierung — aber nicht von Curtius oder von Krohne — stammt. Der Verfasser dürfte danach nicht schwer zu erraten sein.

Der Artikel nimmt zu dem Verhalten der Volkspartei kritisch Stellung. Man könne zweifelhaft darüber sein, ob es richtig war, so brünstig nach der bürgerlichen Koalition zu rufen. Das Zentrum habe sich bei seinem Verhalten von dem Bewußtsein seiner Unentbehrlichkeit für jede Regierung tragen lassen. Dann heißt es weiter:

Mit Verlaß, ohne die Deutsche Volkspartei kann in Deutschland auch nicht regiert werden. Dazu ist aber nötig, daß die Deutsche Volkspartei sich auch bewußt als Partei der Mitte empfindet, sich nicht einseitig nach rechts bindet, nicht fortwährend Leibeserklärungen an die Deutschnationalen abgibt, sondern durch Taten zu erkennen gibt, daß sie eine selbständige Politik führt und mit Stolz darauf hinweisen kann, daß die von den Deutschnationalen bekämpften Anschauungen der Deutschen Volkspartei heute von diesen selbst in vielen Grundzügen anerkannt worden. Es muß ein Ende haben mit dem Gedanken der Aufgabe der Selbständigkeit der Partei etwa in der Form einer Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei wird eine selbständige liberale Partei sein oder sie hat keine Existenzberechtigung in Deutschland. Sollten in dieser Beziehung Verschiedenheiten der Auffassung bestehen, so müssen sie in aller Klarheit ausgetragen und es müssen die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Das neue Kabinett wird genau so lange bestehen, als das Gewissen der volksparteilichen Fraktion es ihr gestattet, an ihm mitzuwirken. In dem Augenblick, in dem die Deutsche Volkspartei, wozu sie durchaus berechtigt ist, dem Kabinett ihre Mitarbeit entzieht, wenn man etwa im Sinne des Herrn Martin Spahn ihr kulturell unerträgliches zumutet, ist das Kabinett erledigt. Daselbe gilt für den Fall, daß man etwa in der Außenpolitik die Methoden eines Freytagh-Loringhoven an die Stelle der bisherigen Methoden setzen wollte.

Ueber die Stellung des Außenministers, der hier von sich selber in dritter Person zu sprechen scheint, heißt es:

Dah für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik eine Koalition der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten in außenpolitischen Dingen das Bequemste war, unterlag keinem Zweifel. Man wird auch von dem Außenminister am allerleichten erwarten können, daß er leichten Herzens ein Zusammenwirken mit Parteien aufgab, die ihn in seiner Außenpolitik zu Zeiten unterstützt haben, als er in der eigenen Partei um Anerkennung zu ringen hatte.

Andererseits wird um Verständnis für die Auffassung geworden, daß auch die Gewinnung der Deutschnationalen für die bisherige Außenpolitik wertvoll gewesen sei. Schließlich wird verkehrt, der Außenminister sei keineswegs bei der Regierungsbildung inaktiv gewesen. Er habe vielmehr dem Reichkanzler geschrieben, daß seine Entscheidung von den letzten Entschlüssen der Deutschnationalen und insbesondere auch von der Wahl der Persönlichkeiten abhängen würde, die von ihnen für die Regierung bestimmt würden. Als eine Zusammenlegung des Kabinetts distutiert wurde, die den Interessen der Außenpolitik abträglich gewesen wäre, habe sich der Außenminister abermals an den Reichkanzler gewandt.

Herrn Stresemann wird also hier von einer ihm sicher außerordentlich nahestehenden Seite das patriotische Verdienst zugeschrieben, die Ernennung des Herrn Grafen zum Minister verhindert zu haben. Ob aber das Kabinett dadurch viel schöner geworden ist, darüber schweigt sich der Artikel diplomatisch aus.

Vertagung des Landtags.

Bis zum 15. März.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen erfolgte in der heutigen Sitzung des Landtages Besprechung mit Abstimmung über die Einzelartikel des Landwirtschafsausschusses. In den fünfminütigen Reden wurden von den Abgeordneten aller Parteien noch einmal eine Reihe von Wünschen vorgetragen. Dabei forderte unter anderem Abg. Simon (Soz.) energische Fortsetzung der Kanalbauten, des Talsperrenbaues von Dimachou und der Oberregulierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Die Abstimmung über die angebotenen Titel des Haushalts soll am Donnerstag, dem 17. März, erfolgen.

Das Haus lehnte sodann nach den Anträgen des Geschäftsausschusses ab, die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abg. Bied und Grube zu erteilen. Dagegen trat für die Mehrheit des Ausschusses der Berichterstatter Abg. Rucke (Dem.) dafür ein, die nachgelagerte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Lademann (Komm.) zu erteilen, da Lademann verantwortlich zeichne für eine besonders traffe Beleidigung des Reichspräsidenten v. Hindenburg im Halleischen „Kassentamp“. Abg. Bied (Komm.) trat dem Antrag entgegen. Die Abstimmung hierüber soll ebenfalls am 17. März stattfinden.

Hierauf vertagte sich das Haus auf den 15. März, mittags 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht Beratung über den Kultusetat. In der Zwischenzeit steht der Hauptauschuss die Beratungen fort.

Die Revolutionsarmee von Shanghai.

London, 26. Februar. (W.B.) „Daily Express“ meldet: Wie es heißt, ist die gesamte chinesische Flotte zu den Kantonesen übergegangen. Die Südarmee soll Sun-liang, zwanzig Meilen von Shanghai, befehligt haben.

Verteidigungsmaßnahmen Suid.

London, 26. Februar. (W.B.) „Times“ meldet aus Schanghai, Sun-liang habe 40 000 Mann zusammengestellt. Gräben seien ausgehoben worden, Maschinengewehre gebaut worden und außerdem sei auch eine gute Verteidigungslinie vom Taihu-See über Sun-liang bis zur Stadt Suichan 15 Meilen südlich von Schanghai gezogen worden. Der in den letzten Wochen fast ununterbrochen niedergegangene Regen müsse den Vormarsch der Südruppen behindern. Es werde berichtet, daß die Hauptbrücken zwischen Suichan und Sunliang von den Nordtruppen unterminiert worden seien.

Der Wiener Gemeinderat beschloß, sich gleichzeitig mit dem Nationalrat aufzulösen, obwohl die Funktionen des Gemeinderats bis Oktober dieses Jahres dauern würden. Die Gemeinderatswahlen würden dann zugleich mit den Nationalratswahlen im Mai stattfinden.

Film mit Radio.

Ärztliche Vorträge in Abwesenheit des Redners.

Im Kaiserin-Friedrich-Haus für das Ärztliche Fortbildungswesen fand gestern eine interessante Veranstaltung statt. Es war zum erstenmal der Versuch unternommen worden, den Rundfunk und die wissenschaftliche Kinematographie in den Dienst des ärztlichen Unterrichts zu stellen.

Für den Spielfilm ist die Verknüpfung mit dem Wort eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Für wissenschaftliche Filme dagegen spielt der Begleitvortrag eine ebenso große Rolle wie für den wissenschaftlichen Rundfunk die Illustration. Da die Wissenschaft ständig fortschreitet, und der vielbeschäftigte Arzt häufig nicht die Zeit hat, sich an Hand von Zeitschriften und Lehrbüchern auf dem laufenden zu halten, so treten hier die medizinischen Filme, wie sie vom Medizinisch-Kinematographischen Universitätsinstitut, Charité-Berlin hergestellt und vom Verlag Wissenschaftlicher Filme, Berlin NW 6, vertrieben werden, sowie die des Zentralkomitees für das Ärztliche Fortbildungswesen in ihre Rechte. Den Filmen haftet aber der Mangel des fehlenden Begleitvortrages, den durch den ärztlichen Rundfunk verbreiteten Vorträgen der Mangel an Anschauung an, die für die Medizin unentbehrlich ist.

Es war daher ein glücklicher Gedanke, ärztliche Rundfunkvorträge mit der Vorführung ärztlicher Filme zu verknüpfen. Das Problem, das es hier zu lösen galt, war, die Synchronisierung, d. h. den absolut gleichzeitigen Ablauf der Filme in den Vorführmaschinen herzustellen und zwar so, daß zwischen dem Sendeapparat und den Stellen, an denen die Rundfunkvorträge abgehört werden und die Filme gleichzeitig laufen sollen, keine Verbindung nötig ist. Eine solche Einrichtung war in den Synchronmotoren gegeben, wie sie sich für die elektrische Bildübertragung, System Telefunken-Karolus-Siemens, bewährt hat. Diese Synchronmotoren wurden auch für die gestrige Veranstaltung benutzt, indem sie einfach mit der Antriebsvorrichtung der kinematographischen Vorführmaschinen gekuppelt wurden. Der Vorgang gestaltete sich folgendermaßen: Im Vortragssaal war neben der Lautsprecheranlage der mit dem Synchronmotor verbundene

Projektionsapparat aufgestellt; der gleiche Apparat besaß sich mit einer Kopie des Films im Sendeapparat des Boghauses. Nachdem die Vortragenden im Sendeapparat ihre einleitenden Vorträge gehalten hatten, wurde das Kommando zum Beginn des Filmablaufs gegeben. Wenn es gelang, das erste Bildchen des Filmes in derselben Sekunde an beiden Stellen erscheinen zu lassen, so war der bis auf Bruchteile von Sekunden gleichzeitige Ablauf des Filmes gewährleistet. Der Versuch, um den es sich, wie den Anwesenden vorher gesagt worden war, handelte, die Filmvorführungen durch die Vortragenden mit Begleitworten zu versehen, glückte durchaus. In der Kürze der für die umfangreichen Versuche zur Verfügung stehenden Zeit war es nicht mehr möglich, den Filmvorführungsapparat außerhalb des Saales aufzustellen. Einige Worte gingen nur deshalb verloren, weil sie von dem Rattern der Projektionsmaschine manchmal überhört wurden.

Auf die hochinteressanten Filmvorführungen selbst an dieser Stelle einzugehen, verbietet der Raum. Es sei nur erwähnt, daß Professor Adam, der über die „Bedeutung der Kinematographie für medizinische Lehre und Forschung“ sprach, einen Film zeigte, der aus Teilen einer großen Reihe medizinischer Filme zusammengefügt war. Bemerkenswert war die Vielseitigkeit der Arbeiten des Medizinisch-Kinematographischen Universitätsinstituts. Oberarzt Kraus zeigte Zeilippenaufnahmen der Herzbewegung, die berufen sind, die vielfältigen Fragen der normalen und gestörten Herzrhythmen aufzuklären. Außerdem gab Herr Dr. Schröter Aufschlüsse über die lehrreichen Voraussetzungen der gestrigen Veranstaltung.

Der Filmablaßabend war gestern nur an zwei Stellen vorbereitet. Es ist nur eine Frage des Kostenaufwandes, sie an beliebig vielen Orten stattfinden zu lassen, da die Synchronmotore voneinander ebenso unabhängig sind wie etwa Normaluhren in entfernten Städten. Für den obemischen wie auch den sonstigen Unterricht eröffnet der gestrige Versuchsabend jedenfalls große Perspektiven.

Prozeß Jürgens.

Die nachgemachte Unterschrift.

Am heutigen dritten Verhandlungstage im Jürgens-Prozeß wurde Frau Jürgens auf einer Krankenbahn vom Untersuchungsgefängnis zum Schwurgerichtssaal gebracht. Der Vorsitzende streifte zu Beginn der Verhandlung noch einmal kurz die Darlehensaufnahme bei der Beamtenbank, wobei Jürgens seine gestrigen Aussagen noch einmal präziserte. Dann wandten sich die Erörterungen den Fällen zu, in denen Frau Jürgens bei der Stargarder Stadtbank gegen Ausgabe von Wechseln Darlehen aufgenommen hatte. Diese Geschäfte fingen damit an, daß Frau Jürgens im Februar 1925 einen Wechsel über 2000 M. gab, den auch ihr Ehemann unterschrieb. Jürgens erklärte hierzu, daß er diesen Wechsel unterschrieben habe, im übrigen aber nie auf der Stadtbank gewesen sei.

Vorl.: Es trägt auch ein weiterer Wechsel über 1500 M. Ihre Unterschrift. Angell, Jürgens (schielend): Wir sind diese Dinge nicht mehr so in Erinnerung. Vorl. (zu Frau Jürgens): Haben Sie vielleicht einmal Wechsel mit B. Jürgens, Bandgerichtsdirektor unterschrieben? Frau Jürgens: Ja wohl, aber mit Genehmigung meines Mannes. Vorl.: Dann haben Sie aber die Unterschrift sehr ähnlich geschrieben. (Bewegung.) Der betreffende Wechsel wurde den Angeklagten vorgelegt, worauf Frau Jürgens nochmals erklärte, daß sie diesen Wechsel nur mit Genehmigung ihres Mannes mit dieser Unterschrift versehen habe, während Jürgens bestätigte, daß er selbst diesen Wechsel nicht unterschrieben habe. Vorl.: Im Mai wurde aber ein neuer Prolongationswechsel über 2000 M. ausgestellt, der auch Ihre Unterschrift trägt. Jürgens wußte die Wechsel und schmeigt. Justizrat Wechsauer (zu Frau Jürgens): Warum hat es Ihr Mann nicht selbst unterschrieben? Frau Jürgens: Vielleicht war er gerade nicht da. Justizrat Werthauer: Wenn er nicht da war, dann konnte er auch nicht die Genehmigung geben, daß Sie für ihn unterzeichneten. Frau Jürgens: Bevor er auf die Reise ging, gab er mir Vollmacht, alles zu unterschreiben. Vorl.: Dieser Punkt muß wohl noch weiter geklärt werden. Auf Beiragen des Vorsitzenden, wann Landgerichtsdirektor Jürgens von den Schulden seiner Frau gehört habe, erklärte der Angeklagte, daß ihm Wechsauer 1925 die ersten Gerüchte zu Ohren gekommen seien, als einige Gläubiger ihr Geld zurückerlangten. Dann kamen zwei Kriminalkommissare, die vorsichtlos andeuteten, daß mit den finanziellen Transaktionen seiner Frau nicht alles in Ordnung sei. Ich sagte den Herren: Bitte sehr, ich habe eine reine Weste. Fortschle Sie nach, und wann meine Frau irgend etwas getan hat, lasse ich sie rückstandslos lassen. Erst allmählich sei er dann hinter die Schuldenwirtschaft seiner Gattin gekommen. Als er sie gefragt habe, warum sie denn das alles getan und ihn ruiniert habe, sei die einzige Antwort gewesen: Ich hatte Angst vor dir. Meine Frau selbst, so schloß Jürgens, hat von den Geldverfehlungen nichts gehabt. Vorl.: Herr Jürgens, was hat denn Ihre Reise nach Teneriffa gefehlet? Angell, Jürgens: Das weiß ich wirklich nicht mehr. Frau Jürgens: Das Billett zu dieser Reise, das 630 M. kostete, habe ich meinem Manne geschenkt. Ich hatte die ganze Welt bereist und kannte alles. Mein Mann sollte auch einmal ein Stück Welt sehen. Wenn auch unsere Wege sich jetzt trennen, das muß ich meinem Manne doch nachsagen, daß er gearbeitet hat, wie ich noch keinen Menschen hatte arbeiten sehen. Deshalb habe ich ihm auch zugerebet, die Reise mitzumachen, auf der er überaus sparsam gelebt hat, da er noch Geld mit nach Hause brachte.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten und als erster Zeuge der Fabrikdirektor Theodor Berg vernommen, der seinerzeit als Freund des verstorbenen Fabrikanten Regel die Verhandlungen über den Verkauf der Patente durchgeföhrt hat.

Zu geistiger Umnachtung.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute früh kurz nach 9 Uhr in dem Hause Humboldtstr. 4 im Grunewald ab. Im dritten Stockwerk hat die 42jährige Frau Erna Dossing eine mehrgemücker Wohnung. Seit einiger Zeit wohnte bei ihr der 45jährige Kaufmann Albert Reumann als „möblierter Herr“. In einem Anfall geistiger Umnachtung drang A. heute früh auf seine Wittve ein und gab auf sie aus einer Mehrschußpistole drei Schüsse ab, die in die linke Brustseite, am Arm und Handgelenk trafen. Durch die Schüsse und Hülse der schwerverletzten Frau wurden Hausbewohner aufmerksam, die sofort die Polizei herbeiriefen. Frau D. wurde in eine Privatklinik geschafft, wo sie schwer, aber nicht hoffnungslos daniederliegt. Die Ärzte hoffen sie am Leben zu erhalten. A., der wirre Reden führte, wurde von den Beamten in Haft genommen.

Fenstersturz eines 85jährigen. Aus dem Fenster seiner im vierten Stockwerk des Hauses Danziger Straße 43 gelegenen Wohnung stürzte sich heute früh der 85jährige Rentempfangler Wilhelm R. auf den asphaltierten Hof hinab. Die Verletzungen des greisen Selbstmörders waren so schwer, daß er, noch bevor ein Arzt zur Stelle war, starb. Wirtschaftliche Sorgen waren der Grund zu dem Verweilstungsschritt.

Der Potsdamer Kassenbotenmord.

Auf der Spur des Mörders.

Die Potsdamer Kriminalpolizei ist unter Leitung von Kriminalpolizeirat v. Bodungen die ganze Nacht hindurch feierhaft tätig gewesen, um den Mord an dem siebzehnjährigen Kassenboten vom Potsdamer Gas- und Wasserwerk, Bernhard Hammermeister, aufzuklären, der gestern unweit des Schlosses Sanssouci nordöstlich der Chauffee Potsdam-Bornstedt, in der Nähe des Ruinenberges mit schweren Schädelverletzungen erschlagen aufgefunden worden war.

Dem Ueberfallenen, der kurz nach der Einlieferung in das Potsdamer Krankenhaus verstarb, war ein Betrag von 400 M. geraubt worden, den er von der städtischen Hauptkasse abgehoben hatte und nach seiner Dienststelle, den städtischen Gas- und Wasserwerken in der Schiffbauerpasse, bringen sollte. Nach Feststellung des Tatbestandes am Tatort hat die Potsdamer Kriminalpolizei bis spät in die Nacht hinein zahllose Personen vernommen, die mit dem Ermordeten in Verbindung gekommen waren und seine Lebensgewohnheiten kannten. Auf Grund dieser Vernehmungen verlor die Polizei verschiedene verdächtige Spuren, ohne daß jedoch die Ermittlungen bis zum Vormittag ein greifbares Ergebnis gebracht hätten. Von der Kriminalpolizei wurde aber eine andere Feststellung gemacht, die überraschend ist und vielleicht zu einer schnellen Aufklärung der Tat führen kann. Es wurde nämlich festgestellt, daß Bernhard Hammermeister, der Vollwaise ist, sich nicht gerade des besten Gedächtnisses erfreut hat und als sehr leichtfertig gilt. Man ermittelte, daß der junge Kassenbote mit Leuten verkehrte, deren Lebensführung von der Kriminalpolizei als nicht ganz einwandfrei betrachtet wird. Das Rätselhafte an dem Mordfall ist der Umstand, wie der Kassenbote in die entlegene Gegend des Ruinenberges gekommen ist, die völlig abseits seines Dienstweges liegt. Die Kriminalpolizei vermutet, daß er von dem Täter dorthin verlockt oder gar verschleppt ist. Jechostell wurde auch noch, daß Hammermeister ursprünglich Molekularlehrling war, es aber auf seiner Lehrstelle nicht ausblieb.

Wie kurz vor Schluß der Redaktion gemeldet wird, ist die Polizei bereits auf der Spur des Mörders.

Ein entsetzliches Unglück trug sich heute vormittag in der Beiselsstraße 63 zu. Während der Abwesenheit der Eltern, die zur Beerdigung ihres jüngsten Kindes gegangen waren, spielten die zwei- und vierjährigen Kinder des Arbeiters Karl Risse mit Streichhölzern. Wähe geriet in Brand und beide Kinder erstickten.

Große Feuersbrunst auf Rügen. In Zirzewitz auf Rügen brach in der letzten Nacht gegen 11 Uhr ein großes Feuer aus, das ein Bauerngehöft in ganz kurzer Zeit vollständig einäscherte. 24 Kühe, 6 Pferde und viel Kleinvieh sind den Flammen zum Opfer gefallen.

Die Sänger-Morgenfeier derantalt folgende Chöre am Sonntag, dem 27. Februar, vormittags 10 Uhr bei Aug. Radde, Bldg. Chauffee 30: Reußlinder Sängerkor (Abendtag: Donnerstag 8-10 Uhr, Dürer-Kreisgymnasium, Omker Str., Reußlinder Liedertafel (Abendtag: Freitag 8-10 Uhr, Döberlshalle, Güter Str.), Rector Wannerchor Berlin (Abendtag: Dienstag 8-11 Uhr, Weichselstraße), Gemischter Chor „Sangesema Kubow“ (Abendtag: Donnerstag 8-10 Uhr, Reußlinder Str. 37 bei Geinge). Eintritt einschließlich Steuer 20 Pf.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, Pappelallee 15: Vortrag des Herrn A. Dombasz: „Epinosa als Mythos“. Darmstadt: Eintritt aus „Ania“ (Donitz). Gäste willkommen.

Sport.

Internationales Reit- und Fahrturnier.

Der Freitag brachte wiederum einen Reiterfesttag. Am Nachmittag galt es im Refordspringen um das Championat von Berlin zu kämpfen. Das Springen begann über Hindernisse, 1,20 Meter bis 1,40 Meter hoch. Bei den erhöhten Hindernissen, 1,30 Meter bis 1,50 Meter, scheiterten die meisten Pferde an der so steil sich erhebenden Steinmauer, die kaum vom Galoppspringen angenommen werden konnte. Um den Sieg stachen „Baron III“ (Spilner) und „Stegfried XXX“ (v. Langen). Sieger blieb „Baron III“, der 1,70 Meter hoch und 2,50 Meter weit sprang. Den Preis von Berlin, eine Eignungsprüfung für Reitpferde, gewonnen (siehe Pferde) Prinz Bernh. v. Lippe „Monis“ (Oberst v. Pantzschlitz), (mittlere Pferde) C. Müller-Bremens „Paradiesvogel“ (Frau A. Müller), (schwere Pferde) H. Marwedde „Donner II“ (R. Wäjen). Der Preis der Mark brachte eine Eignungsprüfung für Geschätsgepanne. Jeder war erfreut über das schöne Material. So viel brave Pferde sah man selten auf einem Reich. Sieger blieben Einpänner Löwenbrauerei Böhm. Brauhaus (Föhler Radke), Zweipänner Löwenbrauerei Böhm. Brauhaus (Föhler Radke) und Buttergroßhandlung Bruno Freche (Föhler Bindelmann), Mehrpänner Schultheiß-Bahnhof-Fraueit, Vierpänner, (Föhler Harder), außerdem holte dieselbe Brauerei mit einem Vierpänner (Föhler Linke) und einem Sechspänner (Föhler Riewaldt) noch zwei erste Preise.

Am Abend zählte der Totisfaktor auf „Ballades“ Sieg 298 : 10.

Die Tarifbewegung in der Metallindustrie.

Die Beschlüsse der Ortsverwaltung des DMB.

Wie wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitteilten, hat sich die mittlere Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gestern mit der Formulierung der aufzustellenden Forderungen für den Manteltarif befaßt. Da an dem Manteltarif auf Seiten der Arbeiter nicht nur der Deutsche Metallarbeiterverband, sondern auch noch eine ganze Reihe anderer Organisationen, wie insbesondere der Zentralverband der Maschinen- und Heizer beteiligte sind, hängt die endgültige Formulierung der Forderungen von den Beschlüssen des Metallkartells ab, in dem alle diese Organisationen vertreten sind. Das Metallkartell wird in einer Sitzung am nächsten Donnerstag die Formulierung der Forderungen beschließen.

Schon jetzt kann aber gesagt werden, daß über die Forderungen selbst grundsätzlich Einigung unter den Gewerkschaften besteht. Es wird sich nun darum drehen, nicht nur die Forderungen zu formulieren, sondern auch den nötigen Druck dahinter zu stellen. Diesen Druck können nur die Mitglieder selbst ausüben. Die Stärke dieses Druckes hängt also ab von der Größe der Mitgliederzahlen und der Einigkeit und Geschlossenheit der Mitglieder selbst. Die Agitation muß also jetzt mit verstärkter Kraft einsetzen.

Die „Rote Fahne“ druckt unsere Mitteilung aus der gestrigen Abendausgabe nach und behauptet dabei, daß diese den Tatsachen voraussetze. Die „Rote Fahne“ weiß Bescheid, wie man den Tatsachen voraussetzt. Sie hat ihren Lesern vorgeführt, daß die Leipziger Metallarbeiter die Vereinbarung mit großer Mehrheit abgelehnt hätten. Seitdem hat das Blatt auch nicht eine Zeile mehr über den Abschluß des Kampfes gebracht. Seine Leser müssen also annehmen, daß der Kampf weiter geht und daß die Redaktion der „Roten Fahne“ aus irgendwelchen moskowitzischen Gründen diesen Kampf von 180 000 Metallarbeitern toischweiget.

MTB. und die Selben.

Die man sich um den Tarifabschluß drückt.

Die Continental-Telegraphen-Campagne, Wolffs Telegraphisches Bureau A.-G., Berlin, hat dem Zentralverband der Angestellten den Manteltarif zum 31. März d. J. gekündigt. Gründe hierfür gibt die Direktion nicht an. Einer Erklärung darüber, wann Verhandlungen über einen neuen Tarif stattfinden könnten, weicht sie aus.

Bei diesem Unternehmen besteht ein Verein der Angestellten des MTB, der sich in der Hauptsache um die „Geselligkeit“ zu kümmern vorgibt. Nun hat aber dieser Verein plötzlich eine viel wichtigere Aufgabe übernommen: der Vorstand des Vereins bietet sich den Angestellten des MTB an, für sie unter Ausschaltung des Zentralverbandes bei Verhandlungen mit der Direktion einen rechtsverbindlichen Tarifvertrag abzuschließen.

Der Vorstand des Hausvereins läßt sich von den MTB-Angestellten durch eine schriftliche Erklärung das Mandat zu solchen Verhandlungen geben. Vorliegender dieses gelben Werkzeugs scheint Hofrat Schneider zu sein. Mit „Hofberichten“ kann in jetziger Zeit keinem Menschen mehr imponiert werden und so hat nun der Herr Hofrat sich eine neue Betätigung ausgedacht. Damit wird er aber kaum Glück haben, denn die MTB-Angestellten dürften helle genug sein, um den Wert ihrer gewerkschaftlichen Organisation auch und gerade im jetzigen Augenblick zu erkennen.

Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitet die amtlichen Nachrichten des Deutschen Reichs. Es steht in inniger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt und leistet selbstverständlich keine Arbeit für das Reich nicht umsonst. Vor allen Dingen bekommt es nicht Zuschüsse zur Großpöppelung der Gelben. Es wird an der Direktion des MTB liegen, auf die Unterstützung des gelben Hausvereins bei Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu verzichten. Die Direktion hat das Wort!

Jahresversammlung der Lithographen.

Fortschritte trotz der Krise.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen, Steindruck- und verwandter Berufe hatte am Donnerstag in den Kammerkassett ihre Jahresversammlung, die sehr stark besucht war. Der 1. Vorsitzende, Genosse Hoffmann, der den Geschäftsbericht für das Vorjahr gab, betonte einleitend, daß das Jahr 1926 wie wohl für alle Gewerkschaften vorwiegend ein Jahr des Kampfes um die Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen ist.

Den Unternehmern, die die anhaltende Krise zum Vordruck und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nutzen wollten, gelang dies aber nicht dank der guten Organisation. Es konnte im Gegenteil der Lohn, wenn auch nicht sehr erheblich, gehoben werden. Die Organisation legte den größten Wert auf die Unterstützung der Erwerbslosen und bemühte sich außerdem, sie in Arbeit zu bringen. Sie forderte deshalb ihre in Arbeit stehenden Mitglieder auf, keine Überstunden zu leisten und die tariflich festgelegte achtstündige Arbeitszeit einzuhalten. Trotz dieser Aufforderung ist in vielen Betrieben länger als 8 Stunden gearbeitet worden, was im Hinblick auf die große Zahl von Erwerbslosen sehr bedauerlich ist. Jedes achte Mitglied war durchschnittlich 15 Wochen arbeitslos.

An der Betriebsrätefrage gibt es für die Organisation noch genügend zu tun. Die zur Schulung der Betriebsräte eingerichteten Kurse waren nicht sehr gut besucht. Es gibt auch heute noch Betriebe, die keine Betriebsvertretung haben. Ueberhaupt müssen die Funktionäre wieder mehr Interesse für die Organisation zeigen und sich viel reger an den Veranstaltungen beteiligen. Vor allem müsse die Jugend mehr Interesse für die Gewerkschaftsbewegung zeigen.

Anschließend daran gab der Genosse Gragen den Kassenbericht, in dem die ungeheure Belastung der Organisation durch die Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. Infolge der Unterhaltungen der Arbeitslosen sank der Kassenbestand der Volkskasse von 20 949 M. zu Beginn des Vorjahres auf 16 165 M. An freiwilligen

Sammlungen für die erwerbslosen Mitglieder wurden insgesamt 156 342 M. aufgebracht. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 4296 auf 4342.

Nach einer kurzen Diskussion, in der an dem Geschäfts- und Kassenbericht keine Kritik geübt wurde, legte die Ortsverwaltung einen Antrag vor, der eine Einschränkung des Kreises der Mitglieder verlangte, die aus den freiwilligen Sammlungen unterstützt werden und der die Einstellung der Sammlungen ab 30. April forderte. Der Antrag wurde mit Ausnahme des letzten Absatzes, der die Einstellung der Sammlungen ab 1. April fordert, angenommen.

Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

„Sind die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter noch zeitgemäß?“ Ueber dieses Thema sprach in einer zahlreich besuchten Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter Berlins Kollege Stetter vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Donnerstag im Lehrervereinshaus.

Der Referent schilderte, wie außerordentlich niedrig zurzeit die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter sind, die besonders im östlichen Gebiete Deutschlands kaum den Friedensstand erreichen. Er führte weiter aus, daß die Reichsregierung bei den nach der Stabilisierung unserer Währung geführten Lohnverhandlungen immer wieder betont habe, daß in dem Augenblick, wo die Reichsfinanzen sich gebessert hätten, man auch bereit sei, der Arbeiterschaft in der Lohngewährung entgegenzukommen. Dieses Versprechen sei bis heute noch nicht eingelöst. Jetzt sei aber der Zeitpunkt gekommen, wo die Löhne bei den Reichs- und Staatsarbeitern einer wesentlichen Erhöhung bedürften. Denn Löhne von 24 M. die Woche müßten nicht nur erbitternd wirken, sondern den Arbeiter gleichzeitig veranlassen, entweder zu fehlen oder langsam zu verhungern. Der Hinweis der Reichsregierung, es sei kein Geld da, könne heute nicht im mindesten mehr aufrecht erhalten werden. Die Republik habe die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, nicht nur dafür zu sorgen, daß ehemalige Generäle Pensionen beziehen, die um das 24fache höher sind als das Einkommen eines Arbeiters, sondern auch die Aufgabe, der in ihren Diensten stehenden Arbeiterschaft die Lebensmöglichkeit zu garantieren.

Am Schluß der Versammlung gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der vor allen Dingen begrüßt wird, daß auch die bei der Eisenbahn und Post in Frage kommenden Organisationen bereit sind, ihren Vorständen die Kündigung der Lohnverträge zum 1. April zu empfehlen. Es wird darin ferner der Wunsch ausgesprochen, daß bei den kommenden Verhandlungen alles getan werden soll, um eine angemessene Lohnhöhung der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer zu erreichen. Außerdem protestierten die Versammelten gegen die vom Reichswehrminister unter dem 12. Januar 1927 erlassene Verfügung betreffend Außerkräftigung wichtiger Bestimmungen des Betriebsreglements und Entlassung von Arbeitern, die einer politischen Partei angehören, deren Bestrebungen auf die Beförderung des Staates gerichtet seien; denn die Praxis hat gezeigt, daß bei solchen Entlassungen immer nur Anhänger der linksgerichteten Parteien, niemals solche der rechtsstehenden Organisationen in Frage kamen.

Losowski als Nachfolger Potemkins.

Die Moskauer „Pravda“ sucht neuerdings gegen den „Vorwärts“ wegen der Kapitulation der italienischen Gewerkschaftsführer zu hetzen. Es ist nicht ohne Interesse, einmal in diese Küche hineinzusehen.

In einer italienischen Korrespondenz wurde im „Vorwärts“ vom 7. Februar geschrieben:

Schließlich hatte vor wenigen Wochen auch die Konföderation der Arbeit ihre Auflösung beschlossen, da die ihr gesetzlich gesicherte Existenz als Organisation ohne Rechtsfähigkeit ihr keine praktische Lebensfähigkeit bot. Trotzdem war etwas geblieben: die Tradition der freien sozialistisch gerichteten Gewerkschaftsbewegung, ein ideeller Widerstand, ein Wahrspruch, das die Gegner nicht hatten in den Schmutz ziehen können. Das Sinnbild dieser Tradition waren unsere Gewerkschaftsführer.

Nun haben auch diese durch eine Erklärung vom 16. Januar dem Faschismus Zugeständnisse gemacht.

In der „Pravda“ vom 20. Februar wird von Losowski diese Stelle wie folgt zitiert:

„Die Konföderation der Arbeit hat ihre Auflösung beschlossen, da die Draamaktion im Rahmen der geltenden faschistischen Gesetze und bei völliger Rechtslosigkeit keine praktische Lebensfähigkeit hatte. Trotzdem bleibt etwas: es bleibt die Tradition von der freien sozialistisch geleiteten Gewerkschaftsbewegung, die Möglichkeit des ideellen Widerstandes, es bleiben die Parolen, die die Gegner nicht hatten in den Schmutz ziehen können. Als Sinnbild dieser Tradition und dieses Widerstandes treten unsere Gewerkschaftsführer auf.“

Und nun sucht der Eugeniusfänger aus der „Pravda“ gegen besseres Wissen den staunenden russischen Lesern einzureden, daß es gerade die Kapitulation der italienischen Gewerkschaftsführer ist, die den „Vorwärts“ veranlaßt, die ehemaligen Führer der italienischen Konföderation der Arbeit als ein Sinnbild der freigewerkschaftlichen Tradition zu charakterisieren.

Wenn nun der „Vorwärts“-Korrespondent von der Hoffnung der ehemaligen Führer spricht, eine „gewisse Bewegungsfreiheit“ für den gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen, so wird in der „Pravda“ bereits von der Hoffnung auf eine „völlige (!) Bewegungsfreiheit“ (Gänsefüßchen und Ausruhmzeichen Losowski's!) gesprochen und diese Hoffnung dem „pro-faschistischen“ „Vorwärts“ zugemutet.

Ruß man sich dann wundern, wenn aus alledem der Schluss gezogen wird, daß „die deutsche Sozialdemokratie ihre italienischen Kollegen verteidigt, um dem deutschen Faschismus den Weg zu ebnen“?

An die Lebensmittel- und Getränkearbeiter!

Die Lebensmittel- und Getränkearbeiter, die soeben wieder eine erfolgreiche Lohnbewegung abgeschlossen haben, werden morgen im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung abhalten und dabei die Mitglieder der Ortsverwaltung zu wählen haben. Die Kommunisten machen dazu mobil.

Der schöne Erfolg, den die Brauereiarbeiter eben unter der

Führung der Ortsverwaltung erreicht haben, ist den Kommunisten natürlich sehr unangenehm. Diese praktische Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft soll erlegt werden durch Radaupolitik und durch Generalstreiks, die zu Niederlagen der Arbeiter führen. Die Versuche der Kommunisten sind so durchsichtig, daß kein aufgeklärtes Mitglied des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter darauf hereinfallen wird.

Wer es kommt auch darauf an, zu verhindern, daß die Kommunisten durch eine Zufallsmehrheit das Heft in die Hände bekommen und so in die Möglichkeit verkehrt werden, Verheerungen anzurichten zum Schaden der Mitglieder. Es muß also jeder, der für eine fruchtbare und unabhängige Gewerkschaftspolitik eintritt, morgen in der Generalversammlung auf dem Posten sein.

Es gilt auch, den altbewährten Führern ein solches Vertrauensvotum auszustellen, daß die insame Hege, die von der Zentrale der KPD gegen diese Führer inszeniert wird, endlich verstummen muß. Die Mitglieder des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter müssen zeigen, daß sie Manns genug sind, um ihre Gewerkschaftspolitik zu bestimmen und daß sie dazu nicht Rostau als Vorbild bedürfen.

Kommunistischer Abstieg.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung Erfurt des Deutschen Verkehrsverbundes wurden die Kommunisten restlos herausgewählt und die Amsterdamer Liste sowohl für die Ortsverwaltung wie auch für den Bauvorstand gewählt. Die Kommunisten kündigten darauf an, mit schärfster Opposition in den Verhandlungen zu operieren.

Ergebnislose Verhandlungen im Saarbergbau.

Saarbrücken, 25. Februar. (Rth.) Die am Freitag wieder aufgenommenen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der französischen Saargrubenverwaltung haben zu keiner Einigung geführt. Die Verwaltung beharrte auf der Herabsetzung der Löhne um 12 Proz. ab 15. März und will diesen Lohnabbau in den nächsten Tagen durch Anschlag auf den Gruben bekannt geben. Sowohl das Ausmaß als auch der Zeitpunkt der Lohnföhrung wurde von den Arbeitnehmervertretern in den Verhandlungen als untragbar bezeichnet. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich erst Ende nächster Woche zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Ob sie die zuständige Pariser Stelle anrufen werden, steht heute noch nicht fest. Die Saargrubenverwaltung erklärte sich bereit, auch nach der Kündigung der Verhandlungen fortzulehen, so daß der Frieden noch nicht ganz abgerissen ist. Die Erregung der notleidenden Arbeiterschaft über die bevorstehende Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen, ist begrifflicherweise sehr groß.

Gesperrte Gastwirtschaften: Wie uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, sind folgende Gastwirtschaften für organisierte Arbeitnehmer gesperrt: Restaurant Leopold, Badstraße 62-63, Restaurant „Zum D. Zug“, Inh. Prof. Badstraße 56-57, Großdestillation Karl Lehmann, Brunnensstraße 6, Rosenhauer Platz, „Fürstenhof“, Inh. Peter Feisten, Köpenicker Straße 130, „Deutscher Hof“, Inh. Krometz, Ludauer Straße 15, „Rag und Morih“, Oranienstraße 163, „Pflaumen-Diele“, Inh. Otto, Belle-Alliance-Straße 22.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Theater der Woche.

Vom 27. Februar bis 7. März 1927.

Vollstöße: 27. 28. 1. 4. Volpone. 2. 1. 3. 4. 1. Traumspiel. — **Oper am Glog der Republik:** 27. Der Feindhaasler. 28. Der Gassenmann. 1. 2. Wona. 3. 5. Royal Palace. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Kommunistische Vorstellungen. Vollstöße: 6. Volpone. — **Schauspielhaus:** 27. Papillon. — **Schiller-Theater:** 27. Ballerina Vager. Die Fiesolani. — **Großes Schauspielhaus:** 27. Von Hund zu Hund. 6. Die eint im Mal. — **Berliner Theater:** 27. 6. Der D. — **Trianon-Theater:** 27. Der Stieglitz. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 27. 6. Die Reine vom Bortel. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 27. 6. Der Geizige. — **Romische Oper:** 27. 6. Götter der Welt. — **Thalia-Theater:** 27. 6. Der Silberpfeil. — **Kleines Theater:** 27. 5. 6. Märchenvorstellung. — **Wolke-Theater:** 27. 6. Das blonde Wunder. — **Theater in der Klosterstraße:** 27. 6. Die Scher. — **Walhalla-Theater:** Es war einmal in Heidelberg. — **Kaiser-Theater:** 27. 6. Das Familienhaus. — **Das Mädchen von der Landstraße.** — **Koloss-Theater:** Bis 2. Ein Tag im Paradies. — **Ab 1. Familie Habrecht.** — **Theater in der Rühmstraße:** Die klüßchen Gärten. — **Theater im Admiralspalast:** Duller Venus. An und aus! — **Wintergarten und Scala:** Internationales Variet. — **Reichshallen-Theater:** Götter Sängers.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Chorn; Gesundheit: Dr. John Schmalz; Sozialen und Sonstiges: Fr. Karst; Angelegenheiten: Th. Glaser; Künstlich in Berlin: Verlag: Formaris-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formaris-Zuchdruckerei und Besorgungsbelt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 20 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzbur- 9831
Ausstellungsraum und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulantem Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbstersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
1 Ring 900 gest. (Hochvergold) 7 gr. schwer M. 26.50
1 - 585 - 5 - 14.00
Preisliste gratis
Ständig ca. 3000 Stück auf Lager
Gravieren gratis, sam. Mitmachen
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N. 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12

Porzellan
Tafel-Kaffee-Tea-Service
gegen 12 Monatsraten
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123

100 MARK
Qualitäts-Rabai u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
festigt seit 48 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkenditz-Leipzig

Metallbetten 10.50
Schlafchaiselouques 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.
HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neues Krie. erverreinshaus
-nachstunden 11-1 u. 4-6 Uhr
Grippe Grafix
Laboratorium Graichen,
Leipzig, Roßstraße 12.

Dr. Bernard's Nudenteerwein
Gesetzlich geschützt - Seit länger als 60 Jahren als
Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Taberkulose, Keiserkell, Bronchitis, Katarrh
Nisten, Asthma, Magen- und Darmkrankungen
Erstaunliche Hebung des Appetits und d. Körper-
gewichts! Besserung des Allgemeinzustandes.
Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Pfund Flaschen (eine
Kurz M. 12.50). Porto und Verpac. und frei
zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Elsborn-Apotheke
Berlin SW 19, Kurstr. 14, Spinnmännchen - Ogegend 115
Bestand: die Dest. lat. des B.-hentes 16. A. kohol 27.
Enlan 60. Pomeranzen 4. 6. Welfer 1. 50. Srup 4. 60.
Gegr. 1861.
Unter Garantie die besten
tepp und Daunendecken
Inhalt der Broschüre ab 100.
Bernhard Strömann, Berlin,
Wallstraße 72 (Untergrundbahn Anhalter),
Filiale: Spillmarkt, Ady. Seidelstraße und
W. Rißelburger Platz 2, Ede. Trauinaustraße.
Metallbetten u. Aufgemaßtratten: Wallstr. 21/22
Reparat. jed. Art. - Jährl. Preisstatog gratis.